



HESSISCHER LANDTAG

26. 04. 2017

INA

Berichts Antrag

**der Abg. Gnadl, Eckert, Faeser, Franz, Hartmann, Holschuh,
Rudolph (SPD) und Fraktion**

**betreffend legaler und illegaler Waffenbesitz und Waffenhandel bei Anhängern
der rechtsextremen Szene**

Spätestens seit den von der rechten Terrorzelle NSU begangenen Morden ist die Gefahr, die von bewaffneten Neonazis ausgeht, deutlich geworden. Im Jahr 2016 wurden laut polizeilicher Kriminalstatistik von Rechtsextremisten 25 Gewalttaten begangen. Es haben sich 28 registrierte Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte gerichtet und 71 registrierte Straftaten richteten sich gegen Asylbewerber außerhalb ihrer Unterkunft.

In Veröffentlichungen vom 28. Juli 2015 wurde über einen Waffenhandel berichtet. In diesem Artikel wird der hessische Neonazi-Aktivist "Michel F." als Verkäufer und Schmuggler von illegalen Schusswaffen beschrieben. Aus der von den Rechercheuren veröffentlichten Kommunikation kann man zudem schließen, dass F. solche "Waffendeals" bereits mehrfach durchgeführt hat. Sollten sich die Vorwürfe aus dem Artikel gegen die bekannten Neonazis erhärten, müsste man von einem organisierten Waffenhandel in der rechtsextremen Szene sprechen, der offensichtlich von dem genannten Kasseler betrieben wird bzw. wurde.

Im Dezember 2016 wurde zudem öffentlich, dass ein Neonazi über einen Webshop namens "Migrantenschreck" potenziell tödliche Schreckschusswaffen vertrieben hat. Diese wurden auch an Kunden in Hessen verkauft.

Neben dem Handel und Besitz von Schusswaffen und Sprengstoff machen neonazistische und extrem rechte Bewegungen auch immer wieder durch Kampfsporttrainings bzw. sogenannte Wehrsportübungen von sich reden.

In den Berichts anträgen der SPD-Fraktion aus den Jahren 2012, 2015, 2016 (Drucks. 18/5969, 19/2463, 19/3209) wurde deutlich, dass eine erhebliche Anzahl von Rechtsextremisten über einen legalen Zugang zu Schusswaffen verfügt.

Die Gesetzesinitiativen aus dem Bundesrat (Drucks. des Deutschen Bundestages 18/1582 und 18/10262) aus den Jahren 2014 und 2016 zur Änderung des Waffengesetzes, die eine Normierung der Regelabfrage bei den Verfassungsschutzbehörden vorsehen, sind bisher noch nicht im Deutschen Bundestag beraten worden. Die gleiche Gesetzesinitiative des Bundesrats aus dem Jahr 2012 ist in der 17. Wahlperiode bereits der Diskontinuität anheimgefallen. Gleiches ist auch mit den neuen Vorstößen der Bundesländer zu befürchten, zumal die Stellungnahme der Bundesregierung, für die das CDU-geführte Bundesministerium des Innern federführend zuständig ist, negativ ausfällt.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie häufig wurden in Hessen in den letzten drei Jahren illegale Waffen oder Sprengstoff bei Personen, die der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind, gefunden?
Bitte nach Jahren aufgliedern.
 - a) Um welche Art von Waffen handelte es sich hierbei?
 - b) Um welche Art und welche Menge Sprengstoff handelte es sich hierbei?
 - c) In wie vielen Fällen wurden aufgrund der dargestellten Funde Ermittlungsverfahren (strafrechtliche bzw. bußgeldrechtliche) wegen Verstoßes gegen
 - aa) das Waffengesetz,
 - bb) das Kriegswaffenkontrollgesetz,
 - cc) das Sprengstoffgesetz eingeleitet?

2. Wie häufig wurde in den letzten drei Jahren Zubehör für Waffen (bspw. Munition, Zielfernrohre) oder anderes militärisches Gerät (bspw. Abhöreinrichtungen) bei Personen mit rechtsextremem Hintergrund gefunden?
Bitte nach Jahren aufgliedern.
 - a) Welche Art von Waffenzubehör oder anderem militärischem Gerät wurde dabei gefunden?
 - b) In wie vielen Fällen wurden aufgrund der dargestellten Funde Ermittlungsverfahren (strafrechtliche bzw. bußgeldrechtliche) wegen Verstoßes gegen
 - aa) das Waffengesetz,
 - bb) das Kriegswaffenkontrollgesetz eingeleitet?
3. Es gibt immer wieder Hinweise zu illegalem Waffenhandel in der rechten Szene. Liegen der Landesregierung neue Erkenntnisse hierzu vor?
 - a) Welche Anstrengungen wurden unternommen, um Waffenhandel in der rechten Szene aufzudecken und zu unterbinden?
 - b) Welche neuen Erkenntnisse gibt es zu den Vorgängen rund um den 2015 mutmaßlich aufgedeckten Waffenhandel des Kasseler Neonazis Michel F.?
 - c) Welche Erkenntnisse gibt es zu den Käufern von Waffen aus dem Waffenshop "Migrantenschreck" aus Hessen?
Wir bitten insbesondere um Angabe, ob die Käufer der rechtsextremen Szene zugeordnet werden und ob Durchsuchungen bei diesen Personen stattgefunden haben.
Gab es vergleichbare Angebote von hessischen "Waffenverkäufern" oder Websites?
 - d) Bleibt die Landesregierung bei ihrer Einschätzung, dass es keine Hinweise auf organisierten Waffenhandel in der rechtsextremen Szene in Hessen gebe?
 - e) Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um den Fahndungsdruck auf den Waffenhandel in der rechten Szene zu erhöhen?
4. Welche neuen Erkenntnisse liegen der Landesregierung vor, wie viele Personen mit rechtsextremem Hintergrund über
 - a) einen Waffenschein,
 - b) eine Waffenbesitzkarte,
 - c) die Berechtigung zum Erwerb von Munition verfügen?
5. Welche neuen Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, wie viele und welche Waffen sich im Zusammenhang mit den in Frage 4 genannten Berechtigungen im Besitz von Personen mit rechtsradikalem Hintergrund befinden?
 - a) Wenn ja, wie stellt sich die aktuelle Situation dar?
 - b) Wenn nein, was unternimmt die Landesregierung, um festzustellen, in welchem Umfang Personen mit rechtsextremem Hintergrund über eine der in Frage 4 genannten Berechtigungen verfügen?
6. Wie schätzt die Landesregierung aktuell die Gefährdung durch rechtsextreme Personen mit Zugang zu Waffen ein?
7. Welche Straftaten mit ausländerfeindlichem, rassistischem oder rechtsextremem Hintergrund sind der Landesregierung in den letzten 3 Jahren bekannt, bei denen Waffen eingesetzt wurden?
Bitte nach Datum, Waffenart, Ort und kurzem Tathergang aufgliedern.
8. Welche Fortschritte zur Verschärfung des Waffenrechts wurden gemacht?
 - a) Warum sind die Gesetzentwürfe des Bundesrats zur Änderung des Waffengesetzes (BT-Drucks. 18/1582 und 18/10262) im Bundestag noch nicht beraten worden?
 - b) Welche Gründe werden hierfür angeführt?
 - c) Wann ist mit einer Beratung und Umsetzung zu rechnen?
9. Welche Fortschritte wurden seit 2015 erzielt, um Rechtsextremisten die waffenrechtliche Erlaubnis zu entziehen?
 - a) Wie viele Überprüfungen der waffenrechtlichen Erlaubnisse der als rechtsextrem eingestuften Personen fanden seit 2015 statt?
Bitte aufschlüsseln nach Jahren.
 - b) In wie vielen Fällen konnte der Waffenschein, die Waffenbesitzkarte, die Berechtigung zum Erwerb von Munition entzogen werden?

- c) Welche dieser Entziehungen sind bestandskräftig?
 - d) Aus welchen Gründen konnte die waffenrechtliche Erlaubnis in den anderen Fällen nicht entzogen werden?
10. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse über sogenannte "C18-Gruppen" oder ähnliche Terrorzellen in Hessen vor?
Falls ja, welche Angaben kann die Landesregierung dazu im Innenausschuss geben?
11. Welche neuen Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, dass von rechtsextremen Personen in Hessen der Einsatz von Waffen und Gewalt in konfrontativen Situationen oder der allgemeine Umgang mit Waffen
- a) durch die Teilnahme an Schießübungen im In- und Ausland,
 - b) auf andere Weise trainiert wird?
12. Welche neuen Erkenntnisse liegen der Landesregierung über sogenannte "Wehrsportübungen" von Rechtsextremen in Hessen vor?
13. Welche neuen Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, dass sich rechtsextreme Personen durch Mitgliedschaften in Schützenvereinen, Reservistengruppierungen oder auf andere Weise Zugang zu Waffen verschaffen?
Wenn ja, seit wann liegen der Landesregierung diese Erkenntnisse vor?

Wiesbaden, 26. April 2017

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

**Gnadt
Eckert
Faeser
Franz
Hartmann
Holschuh
Rudolph**